

Die Arbeit der Personalvertretungen der Schulen auf der Grundlage rechtlicher Vorgaben unter Berücksichtigung der Absichten zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule - Stand: Herbst 2006

I. Änderungen rechtlicher Vorgaben als Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Personalratsarbeit

- Bezug Nds. Schulgesetzes, Nds. Beamtengesetzes, Reisekostenrecht, Disziplinargesetz, Sonderurlaubsverordnung, Dienstvereinbarung zum Abordnungsverfahren, Zustimmung (nach Vereinbarung) des Schulbezirkspersonalrates nach § 64 Abs. 5 NPersVG

II. Aspekte der Schulverwaltungsreform und ihre Auswirkungen auf die (zukünftige) Arbeit der Schulpersonalvertretungen

- Projekt Eigenverantwortliche Schule dargestellt und erarbeitet am Beispiel Einstellungen
- Personalratsbeteiligung bei beabsichtigter Durchführung von „Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gesprächen“

III. Kenntnisnahme und Einschätzung möglicher Auswirkungen von aktuellen Rechtsvorschriften und Gerichtsentscheidungen

- 1 Euro Jobs in Schulen?
- Schulfahrtenerlass und Vorteilsmitnahme
- Besetzung von Funktionsstellen an RS durch GHRS-Lehrkräfte
- Anordnung von Mehrarbeit

IV. Fragen und Probleme aus der Arbeit der Schulpersonalräte

- Pädagogische Mitarbeiter/-innen und Arbeit auf Abruf
- Rechtzeitige Beantragung von Änderungen der Teilzeitbeschäftigung
- Befristung von Arbeitsverträgen

V. Berichte und Mitteilungen zu aktuellen Fragen der SBPR-Arbeit

- Email-Nutzung zur Zusammenarbeit mit dem Schulbezirkspersonalrat
- Mögliche Konsequenzen aus den Abschlussberichten zur „Weiterentwicklung der LSchB“

VI. Verschiedenes